Aktenzeichen / / **Name:** _____

A N L A G E VwRehaG

Angaben zum Antrag auf verwaltungsrechtliche Rehabilitierung:

1. Sind Sie durch einen unrechtmäßigen Eingriff von Staatsorganen, Parteien oder gesellschaftlichen Organisationen im Beitrittsgebiet (Gebiet der ehemaligen DDR bzw. sowjetischen Besatzungszone) in der Zeit vom 08. Mai 1945 bis zum 02. Oktober 1990 in folgenden Rechts
   - ☐ Gesundheit/Leben
   - ☐ Vermögen
   - ☐ Beruf

   erheblich beeinträchtigt worden?

2. Welches Staatsorgan, welche Partei oder gesellschaftliche Organisation hat die Maßnahme seinerzeit veranlaßt/angeordnet?

   _____

   _____

3. In welcher Form erging diese Maßnahme? (Schriftlich, mündlich oder auf welche andere Weise?) *(Bitte, soweit möglich, Bescheide, Schreiben etc. beifügen.)*

   _____

   _____

4. Zählen Sie zu den Zwangsausgesiedelten?
   - ☐ Ja, ich wurde aufgrund der Verordnung vom
     - ☐ 26.05.1952
     - ☐ 24.08.1961 zwangsausgesiedelt.
   - ☐ Nein (weiter mit Nr. 9)

5. Wenn ja, von welchem Ort wurden Sie wohin zwangsweise umgesiedelt?

   von: _____ nach: _____

   von: _____ nach: _____

   von: _____ nach: _____

   (Bitte soweit vorhanden, Nachweise über die Zwangsaussiedlung beifügen.)

6. Wann erfolgte die Zwangsaussiedlung?

   am: _____

7. Konnten Sie später wieder an Ihren Heimatort zurückkehren?

   ☐ Ja, am _____ ☐ Nein

8. Schildern Sie bitte, welche Nachteile Sie durch die Zwangsaussiedlung erlitten haben und wie sich diese Nachteile für Sie noch heute schwer und unzumutbar auswirken:

   _____

   _____

   _____

   _____

   _____ (weiter mit Nr. 14)

9. Wenn Sie nicht zu den Zwangsausgesiedelten gehören, worin bestand der staatliche Eingriff in Ihrem Fall?

   _____

   _____

   _____

TLVwA 313-010-05/26

10. Wann und wo hat der Eingriff stattgefunden?

Wer von Ihren Angehörigen war von der Maßnahme mitbetroffen?

11. Was war der Anlass für den Eingriff/die Maßnahme?
Aus welchen Gründen erfolgte der staatliche Eingriff/die Maßnahme?

12. Warum war die staatliche Maßnahme Ihrer Ansicht nach unrechtmäßig?
Worin bestand für Sie der grobe Verstoß gegen rechtsstaatliche Grundsätze?

13. Nach dem Gesetz werden Folgeansprüche nur dann gewährt, wenn der Betroffene noch heute schwer und unzumutbar beeinträchtigt ist.
Schildern Sie bitte kurz, welcher Art die Beeinträchtigung in Ihrem Fall ist und ob und wie sich die erlittenen Nachteile für Sie noch heute schwer und unzumutbar auswirken. Sollten Sie durch das schädigende Ereignis in Ihrer wirtschaftlichen Lage beeinträchtigt worden sein, bitte Ihre heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse darlegen (Einkommen, Vermögen, Schulden, Unterhaltsverpflichtungen).

(Gegebenenfalls gesondertes Blatt verwenden.)

14. Waren mit der Zwangsaussiedlung / der Verfolgungsmaßnahme Enteignungsmaßnahmen verbunden?

☐ Nein ☐ Ja

- ☐ Ein-/Zweifamilienhaus
- ☐ Mehrfamilienhaus
- ☐ Grundstück
- ☐ landwirtschaftlicher Betrieb
- ☐ land-/forstwirtschaftliche Nutzflächen
- ☐ gewerblich genutztes Grundstück
- ☐ sonstige(r) Vermögenswert(e): _____

Bitte bezeichnen Sie den entzogenen Vermögenswert möglichst genau (z.B. genaue Lage der enteigneten Immobilie, Angaben zur Grundbucheintragung, Flurstück-Nr., Katasteramt-Nr., ggf. weiterführende Informationen). Falls vorhanden, bitte eine **Kopie des Grundbuchauszugs beifügen.**

15. Wurde Ihnen die enteignete Immonilie zurückgegeben?

☐ Ja, am _____ ☐ Nein

16. Welche Folgeansprüche möchten Sie geltend machen?

- ☐ Versorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz für eine infolge des oben dargestellten Sachverhalts erlittene gesundheitliche Schädigung
- ☐ Leistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz für eine infolge der dargestellten Maßnahme erlittene berufliche Benachteiligung (Bitte Anlage(n) BerRehaG ausfüllen)
- ☐ Ansprüche nach dem Vermögensgesetz auf Rückübertragung/Rückgabe oder auf Entschädigung von entzogenen Vermögenswerten; hierfür wird eine Bescheinigung über die Antragstellung zur Vorlage bei den Vermögensämtern benötigt.

17. Haben Sie wegen der rechtswidrigen Maßnahme, die Gegenstand dieses Antrages ist, bereits früher einen Antrag gestellt?

(Gegebenenfalls Antragsdurchschriften, Bescheid(e), Beleg(e) beifügen.)

☐ Ja, ein Verfahren zur Behebung des Nachteils ist bereits beantragt:

Antrag vom _____ bei _____

(bitte Behörde angeben)

- ☐ Benachteiligung konnte in diesem Verfahren bereits völlig/annähernd ausgeglichen werden
- ☐ Ein Anspruch wurde abgelehnt durch Entscheidung des/der _____ vom _____

☐ Nein, es wurde bisher kein Verfahren eingeleitet.

TLVwA 313-010-05/26

18. Haben Sie wegen der Auswirkungen der rechtswidrigen Maßnahme, die Gegenstand dieses Antrages ist, bereits Ausgleichsleistungen erhalten?

☐ Nein ☐ Ja aufgrund _____

in Höhe von _____

(In diesem Zusammenhang sind auch Entschädigungsleistungen von Dienststellen der ehemaligen DDR und im Falle einer Zwangsaussiedlung etwaige Ersatzgrundstücke anzugeben. Bitte Nachweise -soweit vorhanden- beifügen.)

Ich versichere nach bestem Wissen und Gewissen, dass meine Angaben richtig und vollständig sind.

Ich bin damit einverstanden, dass - unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen - alle zur Bearbeitung meines Antrages notwendigen Recherchen (z. B. beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, in Kreis- und Staatsarchiven) vom Thüringer Landesverwaltungsamt durchgeführt werden, Personalakten und sonstige für die Bearbeitung meines Antrages notwendigen Akten angefordert und von entscheidungserheblichen Schriftstücken Fotokopien gefertigt werden.

_____ _____

Ort, Datum Unterschrift

TLVwA 313-010-05/26